

ORDNUNG UND CHAOS – TRENDS UND BRÜCHE WIRTSCHAFTS- UND SOZIALHISTORISCHE BEITRÄGE

Zur Einführung

Günther Schulz, Bonn

Die 26. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (GSWG) fand vom 11. bis zum 14. März 2015 in der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster, statt, erstmals gemeinsam mit dem Wirtschaftshistorischen Ausschuss im Verein für Socialpolitik. Aus der großen Zahl der aufgrund einer Ausschreibung eingereichten Beiträge wählte das Organisationskomitee 57 für die Tagung aus, gruppiert in 20 Sektionen. Ein Teil der Vorträge war, entsprechend der Tradition der GSWG, auf ein gemeinsames Thema ausgerichtet. Es lautete: „Ordnung und Chaos – Trends und Brüche in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte“. Darüber hinaus wurden, gemäß der Tradition des Wirtschaftshistorischen Ausschusses, weitere Beiträge ohne thematische Bindung in einem offenen Teil präsentiert. Entsprechend der thematischen und zeitlichen Weite des Faches waren Beiträge im Zeitraum vom Mittelalter bis zur jüngsten Vergangenheit erbeten worden, die die genannte Fragestellung aus der Perspektive von Individuen, Unternehmen, Gruppen bzw. Staaten etc. untersuchen. Fallstudien waren ebenso willkommen wie vergleichende Beiträge. Auf der Grundlage der themenbezogenen Vorträge entstanden die zwölf Aufsätze des vorliegenden Bandes.

„Ordnung und Chaos“ ist ein großes, elementares Thema, eine anthropologische und transkulturelle Grundfrage. Die einschlägige Literatur füllt Bibliotheken. Das Thema ist eine Grundproblematik der Religionen – im Christentum ebenso wie im Judentum, im Konfuzianismus etc. – und der Wissenschaften – von der Philosophie über die Philologien, Politologie bis zur Mathematik, den Naturwissenschaften und darüber hinaus. Nicht zuletzt war es für Auguste Comte das Grund- und Gründungsthema der Soziologie. Es ist eine Grundfrage der Politik und betrifft die Organisation von Gesellschaft und Staat, der Verbände und Institutionen. Es tangiert das persönliche, individuelle Leben und den Alltag des Einzelnen und ist Gegenstand einer überaus vielfältigen populären Literatur. Es ist nicht zuletzt die Frage nach Sinn und Glück.

Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte hat immer wieder bedeutende Beiträge zu der Grundproblematik beigesteuert: auf dem Feld der Dogmengeschichte und Ordnungspolitik – pars pro toto genannt seien die Auseinandersetzung über den Keynesianismus, ferner über die Rekonstruktionstheorie im Anschluss an Ferenc Jánossy zur Erklärung des deutschen Wirtschaftsaufschwungs nach 1945 sowie im Kontext der jüngeren Diskussionen über die Soziale Marktwirtschaft („Rheinischer Kapitalismus“) und der Verteilung von Armut und Reichtum (Piketty und andere).

Ferner sei auf die anregenden großen volkswirtschaftlichen Untersuchungen verwiesen – beispielsweise Mancur Olsons *Rise and Decline of Nations* (1982). Und nicht zuletzt auf die empirischen Untersuchungen im Anschluss an den von Joseph A. Schumpeter entwickelten Topos vom Unternehmer als schöpferischem Zerstörer und damit als entscheidender Kraft des Kapitalismus. Ferner sei auf die zahlreichen betriebswirtschaftlich angeregten historischen Untersuchungen zur Organisation von Unternehmen sowie auf soziologisch inspirierte Studien über die Organisation von Gewerkschaften, Arbeitnehmer- und weiteren Verbänden hingewiesen. Diese wenigen, willkürlich herausgegriffenen Beispiele mögen illustrieren, wie stark die Grundspannung von Chaos und Ordnung auch die wirtschafts- und sozialhistorische Forschung stets angeregt hat und weiter anregt.

Daran knüpfte die GSWG mit der Wahl des Tagungsthemas an und fragt mit der Fokussierung auf „Trends und Brüche“ insbesondere danach, was in den Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft Wandel bewirkte, was Beharrung, was Innovation, Modernisierung. Wie wurden Übergänge und neue Ordnungen gestaltbar und gestaltet? Damit rücken Fragen nach der Gewichtung der Gestaltungsmacht von Individuum und Gesellschaft in den Blick, von Struktur und Ereignis, push und pull, die Bedeutung von Norm und Abweichung, Invention und Innovation, Intensivierung und Beschleunigung. Ferner stellen sich methodische Fragen wie die nach der Konstruktion, Reichweite und Erklärungskraft von Modellen und Typen, nach Extrapolation und Parallelisierung. Das Thema bietet die Gelegenheit, sowohl makroökonomische als auch mikroökonomische Zugriffe zusammenzubringen, Innovationen, evolutorische ebenso wie Reformansätze einzubinden und auch methodisch über die Möglichkeiten und Probleme etwa von Modellbildung und Extrapolation, von Typenbildung und Individualisierung sowie der Wirkmächtigkeit von Strukturen und Institutionen (Rechtsformen, Staaten, Verbänden etc.) nachzudenken. Die zwölf Beiträge des vorliegenden Bandes gehen diesen Themenkomplex aus unterschiedlichen Perspektiven und auf unterschiedlichen empirischen Feldern an und ergänzen einander auf diese Weise.

Kontinuitäten und Umbrüche in der Waisenfürsorge im Deutschen Reich vom Dreißigjährigen Krieg bis 1806 untersucht *Antje Schloms*. Sie fragt, welche politischen, ökonomischen und sozialen Einflüsse hier zu Umbrüchen führten. Auf der Grundlage einer empirischen Untersuchung kommt sie zu dem Ergebnis, dass Gründungen sozialer Einrichtungen meist zugleich Teil einer inszenierten Wiederherstellung von Ordnung waren. Faktoren wie Finanzkrisen und Kriege hätten bei der Entwicklung der Waisenfürsorge nur selten eine Rolle gespielt, vielmehr eher als Legitimation gedient sowie als optisch sichtbare Mahnung, Ordnung wiederherzustellen. Hingegen hätten sich „echte Umbrüche in der Versorgung, Unterbringung und Erziehung von Waisenkindern“ von „innen heraus“ entwickelt: durch Einflüsse aus Theologie, Medizin, Pädagogik bzw. Philosophie. Freilich hätten auch diese Strömungen das Ziel vertreten, „nützliche Mitglieder des Staates und der Gesellschaft zu erziehen, deren Versorgung wiederum möglichst wenig kosten“ sollte.

Werner Scheltjens Beitrag „Die politische Ökonomie der Teilungen Polens, oder der Ostseehandel neukonfiguriert“ unternimmt eine Revision der wirtschaftlichen Bedeutung der polnischen Teilungen auf der Grundlage einer umfangreichen Aus-

wertung der dänischen Sundzollregister in dem Projekt *Sound Toll Registers Online* (STRO): Von 2009 bis 2013 wurden die Angaben der im Kopenhagener Reichsarchiv aufbewahrten etwa 700 Zollbücher für den Zeitraum von 1633 bis 1857 in einer Datenbank elektronisch erfasst. Diese gewaltige quantitative Leistung ermöglicht Scheltjens eine neue Interpretation der maritimen Dimension der polnischen Teilungen. Als Ergebnis seines „Werkstattberichts“ hält er fest, dass die Teilungen „massiven Einfluss auf die Struktur des Transports und des Handels im Ostseeraum in den späten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts“ hatten. Er belegt dies empirisch, anhand der quantitativen Analyse im Einzelnen. Er zeigt, dass sich nicht nur die Position Memels und Danzigs erheblich veränderte, sondern auch, in einem langen Trend, die Warenströme zwischen Preußen, Russland, Großbritannien und weiteren Staaten.

Margrit Schulte Beerbühl analysiert in ihrem Beitrag „Coping with Chaos: geographische Dimension und institutionelle Neuerungen während der weltweiten Spekulationsblase von 1799“ erstmals die Auswirkungen, die das Platzen einer gewaltigen Hamburger Spekulationsblase hatte. Sie ordnet das Geschehen in die Spekulationskrisen des 18. Jahrhunderts ein und analysiert im Detail die Hintergründe der Krise, die Hamburg am Ende eines „goldenen Zeitalters“ traf. Es handelte sich im Wesentlichen um eine Liquiditätskrise aufgrund des Preisverfalls von Zucker. Sie weitete sich rasch weltweit aus, riss innerhalb von sechs Wochen 136 Handels- und Bankhäuser mit sich und bewirkte „eine schwere Rezession“. Bald kam es zu innovativen Strategien der Krisenbewältigung. Die USA führten unter dem Eindruck der Krise ein föderales Konkursgesetz ein. Der Hamburger Senat setzte die Konkursordnung zeitweise außer Kraft und änderte das Konkursrecht. Umfangreich wurde Liquidität bereitgestellt. Gestützt wurde freilich meist nur der, der „too big to fail“ war.

Katharina Mühlhoff unternimmt in ihrem Beitrag „Life History Theorie und die Evolution des Demografischen Übergangs in Baden im 19. Jahrhundert“ einen interdisziplinären „Erkundungsversuch“, um Ergebnisse der Evolutionstheorie für wirtschaftshistorische Fragestellungen nutzbar zu machen. Dazu skizziert sie zunächst die biologische Klassifikation und Deutung der Fortpflanzungsstrategien verschiedener Arten mittels der Life History Theorie, die Wachstum und Fortpflanzung eines Lebewesens als permanentes Optimierungsproblem versteht. Sodann demonstriert sie anhand der Entwicklung in Baden, „dass medizinischer Fortschritt unter bestimmten Umständen den herrschenden Selektionsdruck spürbar verändern konnte“. Und schließlich schätzt sie mittels eines ökonometrischen Modells die statistische „Wirkung fortschreitender Medikalisierung auf das Reproduktionsverhalten“. Ihr Ziel ist es, empirisch zu prüfen, ob bzw. inwieweit naturwissenschaftliche Befunde auf sozialwissenschaftliche Forschungsfelder übertragen werden können. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass hohe Risiken „schnelle“ Lebenszyklusstrategien begünstigen – demographisch gewendet: hohe Kinderzahl –, hingegen stabile Verhältnisse „langsame“ Strategien hervorbringen (demographisch: niedrige Kinderzahl). Ihr Fazit lautet, „dass menschliche Entscheidungen von physiologischen und psychosozialen Prozessen abhängen, die nur bedingt dem Bild des rational planenden und autonom handelnden Akteurs der klassischen ökonomischen Modellwelt entsprechen.“

Matthias Morys fragt nach den Ursachen für den weltweiten Übergang zum klassischen Goldstandard in den 1870er Jahren. Dies schuf ein System fester Wechselkurse, das bis 1914 Bestand hatte und heute häufig herangezogen wird, um Lehren für das Funktionieren von Währungsunionen zu gewinnen – gerade auch mit Blick auf den Euro. Morys fragt erstens nach den Motiven bezüglich des Verhältnisses zwischen der Einführung des deutschen Münzgesetzes 1873 und der französischen Reaktion bezüglich der Prägung von Silbermünzen; zweitens nach dem Einfluss von äußerem Zwang bzw. lange gehegten Wünschen; drittens, warum sich auch viele andere Staaten dem Gold zuwandten. Er unterscheidet eine „deterministische“ Erklärung (Charles Kindleberger) und eine „chaotische“ (Marc Flandreau) und ordnet diese in das Schwerpunktthema ein, wobei Kindleberger für Ordnung bzw. Trend steht. Unter Einbeziehung auch der frühen englischen Entscheidung für den Goldstandard, der Lateinischen Münzunion 1865 und der ursprünglichen Silberstandardländer kommt Morys zu dem Ergebnis, dass, ausgehend von gewaltigen Goldfunden in Kalifornien und Australien, schon lange eine gesamteuropäische Bewegung zum Goldstandard eingesetzt hatte, der Deutschland und Frankreich folgten. Die Einführung des Goldstandards sei also, so Morys, kein „chaotischer“ Vorgang gewesen, sondern Ergebnis eines langen und nachhaltig wirkenden Trends.

Felix Selgerts Beitrag „Die Politische Ökonomie des Investorenschutzes in Deutschland, 1870–1937“ ist im Dreieck von Macht, Ordnung und Spieltheorie verortet. Der Autor untersucht den Aktionärsschutz und die Offenlegungsstandards im deutschen Aktienrecht als Beitrag zur Analyse des Einflusses politischer Institutionen und Gruppen auf ökonomische Entwicklungsprozesse. Mithilfe der Veto-Spieler-Theorie von George Tsebelis analysiert er unter Auswertung von Quellen aus dem Bundesarchiv und aus Landesarchiven, welche Akteure beteiligt waren, welchen Einfluss sie auf die Gesetzgebung im Untersuchungszeitraum hatten und welche Motive sie dabei leiteten. Er zeigt, wie sich der Aktionärsschutz und die Offenlegungsstandards in Kaiserreich, Weimarer Republik und unter dem NS-Regime veränderten und arbeitet die jeweiligen Präferenzen, „optimalen Politikpunkte“ und Machtkonstellationen heraus. Sein Fazit lautet, „dass die durch politische Institutionen mitbestimmte Verteilung von Vetomacht sowie die Position der Präferenzen der Veto-Spieler bezüglich des Status quo wichtige Erklärungsvariablen sind“ und dass „politische Institutionen die Bildung wirtschaftlicher Institutionen [beeinflussten], die wiederum eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands spielten“.

Der Beitrag von *Jochen Streb* widmet sich der „Persistenz im Schumpeterschen Wettbewerb“ und damit der Frage nach dauerhaften, nachhaltigen Entwicklungen in einem weitgehend von Unvorhergesehenem, Unerwartetem – von „Chaos“ – geprägten Feld. Streb untersucht Persistenz mithilfe der Auswertung von Patentstatistiken, vornehmlich in Deutschland, aber auch in den USA und weiteren Staaten, seit etwa den 1860er/70er Jahren. Eingangs diskutiert er ausführlich die Eignung der Patente als „Innovationsindikatoren“. Auf Grundlage der ermittelten Daten stellt er sodann die Rangfolge einzelner Länder und die Verteilungen dar. Er fragt nach Kontinuitäten über die Zeit und innerhalb von Regionen. Besondere Aufmerksamkeit richtet er auf die deutsche Chemieindustrie als eine der innovativsten Branchen. An ihrem

Beispiel testet er ein Modell Harald Degners, das dieser in seiner Studie „Sind große Unternehmen innovativ oder werden innovative Unternehmen groß?“ (2012) entwickelt hat. Aufgrund seiner Daten kommt er zu einer differenzierten Antwort: Nicht zuletzt war auch die Verteilung der Patente in einzelnen Zeiträumen verschieden. Sein Fazit lautet, dass sich herausragende Innovationsfähigkeit „auf wenige Nationen, Regionen und Unternehmen“ beschränke und es insofern innerhalb des „Chaos“ wirtschaftlicher Kreativität ein wenn nicht Ordnungs-, so doch Systematisierungsmuster pfadabhängiger „Akkumulation von Innovationserfahrung“ gebe.

Erik Grimmer-Solem, Alfred Reckendrees, Gerhard Wegner und Joachim Zweynert greifen in ihrem Beitrag „Das Konzept der ‚Limited and Open Access Orders‘ und die politisch-ökonomische Entwicklung Deutschlands zwischen 1815 und 1933“ einen vieldiskutierten Ansatz auf, den die amerikanischen Ökonomen und Wirtschaftshistoriker Douglass North, John Wallis und Barry Weingast in ihrem Buch „Violence and Social Orders“ (2009) entwickelt hatten. Diese hatten gefragt, warum manche Gesellschaften sehr reich wurden, während andere zurückblieben – und warum in manchen Staaten demokratische, wirtschaftlich leistungsfähige Marktwirtschaften entstanden, in weit zahlreicheren anderen hingegen Eliten Politik und Wirtschaft beherrschen. Die Autoren hatten eine Theorie entwickelt, um die Transformation in einigen westlichen Staaten von *natural states* bzw. *limited access orders* zu *open access orders* zu erklären, die allen Bürgern gleiche Rechte und Möglichkeiten gewähren. Die Autoren des vorliegenden Aufsatzes setzen sich das Ziel, diesen Ansatz in Bezug auf die politisch-ökonomische Entwicklung Deutschlands zwischen 1815 und 1933 zu prüfen. Dazu stellen sie das Konzept vor und skizzieren weit ausgreifend die politisch-ökonomische Entwicklung Deutschlands seit dem 19. Jahrhundert, insbesondere in der Weimarer Republik. Als Ergebnis regen sie zu Modifikationen und Erweiterungen des Modells an: Zum einen beinhalte das Modell keine internationalen Dimensionen. Diese seien aber erforderlich, um die Entwicklungen hierzulande zu erklären, dies sei im Rahmen eines isolierten Nationalstaats nicht möglich. Zum anderen müsse das Modell auch die Möglichkeit einbeziehen, „dass offene Ordnungen durch demokratische Prozesse eingeschränkt werden können“. Demokratische Prozesse müssten keineswegs – so die Autoren des vorliegenden Beitrags, der aus einem Panel der Tagung hervorging – immer Stabilität hervorbringen, sondern könnten auch destabilisierend auf die politische und ökonomische Ordnung wirken. Eine entsprechende Modifikation des Modells sei angesichts des Scheiterns der Weimarer Republik erforderlich, werde aber von North, Wallis und Weingast nicht vorgesehen.

Marcel Boldorf untersucht „Konflikte zwischen Industrieeliten und Arbeiterschaft in der europäischen Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg“. Er fragt nach Zäsuren, Aufbrüchen und Kontinuitäten in den von Deutschland besetzten Ländern, nach Konflikten, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den Industrien europäischer Länder dadurch entstanden, dass Unternehmer und leitende Angestellte zuvor mit den deutschen Besatzern kollaboriert hatten. Schon die Nationalsozialisten hatten für ihr Verwaltungshandeln in den besetzten Gebieten unterschiedliche Typen entwickelt (Bündnis-, Aufsichts-, Regierungs- und Kolonialverwaltung). Bei den Nachkriegskonstellationen unterscheidet Boldorf das „Konfliktmodell“ (z. B.

Frankreich, Italien, Jugoslawien und Griechenland) vom „Konsensmodell“ (z. B. skandinavische Länder) sowie das sozialistische Modell (z. B. die Tschechoslowakei) und die besondere Lage im geteilten Deutschland. Er analysiert die Strategien, mit denen die Eliten ihre Position in der Nachkriegszeit verteidigten: insbesondere durch Vermeidung von Strafverfolgung, Bildung von Netzwerken und Abwehr von Verstaatlichung. Ferner typisiert er Strategien der gesellschaftlichen Befriedung: Umgang mit Streikbewegungen, sozialpolitische und wirtschaftliche Maßnahmen. Auch wenn nationalstaatliche Prägungen überwogen hätten und keine trennscharfe Typologisierung möglich sei, so Boldorf, biete die Unterscheidung von Konflikt- und Konsensmodell doch einen tragfähigen Ansatz, der zum Verständnis der unterschiedlichen politischen Kulturen nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa beitragen könne.

Gisela Hürlimann untersucht in ihrem Beitrag über „Internationale Ordnungsvorstellungen und die schweizerischen Steuerwelten“ Fragen der Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit von 1945 bis zur Gegenwart. Die Schweiz mit ihrem weitgespannten und überaus differenzierten und verflochtenen System unterschiedlicher Fiskalhoheiten war und ist weitgehend noch „ein Universum aus Tausenden von Steuerwelten“. Neben der ordentlichen Besteuerung mit den Besteuerungsgrundsätzen Allgemeinheit, Gleichmäßigkeit und Leistungsfähigkeit existiert eine nicht selten konfligierende Sphäre der privilegierten Besteuerung nach markt- und wettbewerblichen Grundsätzen. Der Beitrag analysiert die spannungsreichen Auseinandersetzungen um die schweizerische Steuerpolitik zwischen Standardisierung und Differenzierung, die Pendelschläge zwischen der Dominanz von Umverteilungs- und Marktorientierungspolitik – sowie die realisierten Veränderungen – unter sowohl internem Druck als auch unter dem Einfluss von OECD und den Beschlüssen und Appellen der G7- und G20-Staaten bis zu den jüngsten Entwicklungen der *new global fiscal governance*.

Den Wandel der betrieblichen Sozialpolitik zwischen Selbstverpflichtung und äußeren Zwängen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts analysieren *Ute Engelen*, *Rüdiger Gerlach*, *Stephanie Hagemann-Wilholt* und *Nina Kleinöder*. Ziel der vier Autor/inn/en ist es, die These vom Bedeutungsverlust des freiwilligen Sozialengagements von Unternehmen zu prüfen. Dazu erörtern sie auf vier Themenfeldern, wie sich Formen, Motive und Funktionen der betrieblichen Sozialleistungen änderten, welche Akteure dies bestimmten und welche Rahmenbedingungen und Pfadabhängigkeiten herrschten. Die Untersuchungsfelder sind Arbeitsschutz bzw. Unfallverhütung in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie (Kleinöder); betriebliche Wohnungspolitik in vergleichender Sicht am Beispiel des Volkswagenwerks in Wolfsburg und der Automobiles Peugeot in Sochaux (Engelen); die betriebliche Altersversorgung (Gerlach); und die Sozialberichterstattung („Sozialbilanzen“, seit 1972) als unternehmerische Publikationsoffensive in der sich ändernden Sozial- und Kommunikationspolitik am Beispiel der Deutschen Shell seit 1975 (Hagemann-Wilholt). Die Autor/inn/en fragen nach den jeweiligen Formen betrieblicher Sozialpolitik und deren Gewicht, nach dem Einfluss und Erfolg der Akteure und nach den Ursachen: innerbetriebliche Prozesse oder äußere Zwänge? Die aus einem gemeinsamen Panel hervorgegangenen Beiträge arbeiten, sorgsam aufeinander-

der abgestimmt, ein Bündel von Kausalfaktoren aus äußeren Zwängen und innerbetrieblichen Triebkräften heraus. Diese führten u. a. zu mehr Verrechtlichung, Demokratisierung der betrieblichen Sozialleistungen und Professionalisierung. In den 1970er Jahren habe ein „Übergang von der freiwilligen zur gewerkschaftlichen Sozialpolitik“ stattgefunden (Gerlach), ein Bruch. Insofern sind die Befunde auch ein Beitrag zur gegenwärtigen Strukturbruchdebatte: Sozialpolitik sei „vom Gegenstand der Unternehmenspolitik zur Verhandlungsmasse im gesellschaftlichen Interessenausgleich“ geworden. Die Konzepte betrieblicher Sozialpolitik müssten, so das Fazit der vier Verfasser/innen, „um weitere Kategorien politischer Regulierung, gesellschaftlichen Anspruchsdenkens, einer (öffentlichen) Kostendebatte und Mitbestimmungsrechte [...] ergänzt werden“.

Ole Sparenberg untersucht „Rohstoffpolitik und Neue Weltwirtschaftsordnung in den 1970er Jahren“. Er setzt bei der Befürchtung an, die viele Zeitgenossen aufgrund des ersten Ölpreisschocks 1973 hegten, dass die für die Industriestaaten günstige Ordnung der Weltmärkte im Chaos versinken oder durch eine andere Ordnung abgelöst werden könne. Er analysiert die Entwicklung der – anders als die Öl(preis)politik von der Forschung bislang recht stiefmütterlich behandelten – Metallrohstoffmärkte und die entsprechende Rohstoffpolitik bzw. -sicherung der Industriestaaten, insbesondere der Bundesrepublik. Die These des Autors lautet: Auch wenn die metallischen Rohstoffe von den Produzentenstaaten nicht (in ähnlicher Weise wie das Öl) als Hebel genutzt werden konnten, verloren die Betroffenen damals dennoch an Regelvertrauen und Handlungsfähigkeit. Das Gewicht der Rohstoffe für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der siebziger Jahre sei bislang unterschätzt worden. Der Autor untersucht die internationalen Interessenkonflikte und Verhandlungen, insbesondere die Rolle der UN, der OPEC, von Vereinigungen Metall exportierender Staaten, zahlreicher Metallrohstoffkartelle und die Handelspolitik der Industriestaaten. Dabei bezieht er die Entwicklung der Metallpreise und des Verbrauchs ein, der in den Industrieländern durch zahlreiche Produktinnovationen gezielt gedämpft wurde, sodass die Rohstoffkartelle bedeutungslos wurden und nicht mehr als politisch-wirtschaftlicher Hebel genutzt werden konnten. Dennoch hätten diese Konflikte politische Ressourcen gebunden und zu letztlich unproduktiven Vermeidungsstrategien geführt. Insgesamt sei die Rohstoffpolitik der 1970er Jahre Ausdruck einer „Transformationskrise“ der Weltwirtschaftsordnung.

*

Ein herzlicher Dank gebührt allen, die zu der vorliegenden Publikation beigetragen haben. Zu nennen ist zum einen das Organisationskomitee der 26. Arbeitstagung der GSWG. Es bestand aus Carsten Burhop, Gerhard Fouquet, Ulrich Pfister, Nikolaus Wolf sowie dem Herausgeber des vorliegenden Bandes. Zu nennen sind ferner die Kolleg/inn/en im Vorstand der GSWG mit Dank für Unterstützung bei der Auswahl und Evaluierung der hier abgedruckten Beiträge: Jörg Baten, Gerhard Fouquet, Margit Grabas, Reinhold Reith, Jochen Streb und Paul Thomes. Besonderer, großer Dank gilt Regine Jägers und Lena Foerster, die mit viel Sorgfalt und Engagement die Beiträge für den Druck vorbereitet haben, und nicht zuletzt allen Autorinnen und Autoren, die Beiträge zu der vorliegenden Publikation beigesteuert haben.